

STUTTGARTER ZEITUNG

Heute mit Sonderbeilage



Nr. 165 | 29. Woche | 77. Jahrgang | E 4029

Mittwoch, 21. Juli 2021

2,30 €



HIER FÜHLEN SICH FRAUEN UNSICHER
Willst du mit uns etwas dagegen tun?
Frauenkollektiv 0711 | frauenkollektiv_stuttgart

Sicherheitsgefühl in der Stadt Angst in der Nacht

Frauen fühlen sich an manchen Orten bedroht und in ihrer Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt. **Seite 2**

Vertrauen verspielt



Grün-Schwarz verdeckt mit Postenjägerei die eigenen guten Ansätze in der Regierungsarbeit.

Von Reiner Ruf

Das Hannelore Kraft 2017 als Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen abgewählt wurde, hatte nicht in erster Linie mit ihrer Schuldenpolitik zu tun. Aber der zweifelhafte Ruf der Schuldenkönigin war dem Ruf der an sich populären Sozialdemokratin auf Dauer abträglich, zumal gleich mehrere Landeshaushalte von der Justiz als verfassungswidrig verworfen wurden. So weit ist es mit der grün-schwarzen Landesregierung in Baden-Württemberg noch nicht. Aber die um sich greifende Faszinoslosigkeit über die – man kommt um das Wort leider nicht mehr herum – Schamlosigkeit, mit der sich Grüne und CDU bei der Selbstversorgung mit Ämtern und Pöstchen den Staat zur Beute machen, muss jetzt jene Kräfte auf den Plan rufen, die auch im Höhenrausch der Macht kühlen Kopf bewahren. Viel Vertrauen ist schon verspielt.

Die Staatssekretärs-Schwemme oder zuletzt die wunderbare Stellenvermehrung im Landtag sind nur möglich, weil die Akteure wähen, sie handeln im Schatten der öffentlichen Wahrnehmung. Das zeigt der neue BaWü-Check der baden-württembergischen Tageszeitungen. Landespolitik tritt nur dann nachhaltig ins Bewusstsein, wenn sie konkret in das eigene Leben eingreift. Jedoch – ganz ausgeblendet werden abstrakte Zusammenhänge nicht: Die Schuldenbremse, sagt eine Mehrheit, soll bleiben. Und da liegt der Hase im Pfeffer: Im dritten Nachtrag zum Landeshaushalt 2020/21 will Grün-Schwarz die Rekordneuerschuldung von 13,5 Milliarden Euro mit einer Kreditermächtigung in Höhe von 1,2 Milliarden Euro aufstocken – unter Zuhilfenahme der Notklausel der Schuldenbremse. Dabei verfügt die Landesregierung aus dem vergangenen Jahr über einen Überschuss von 2,6 Milliarden Euro. Weitere Milliarden schlummern im Etat. Da kam sogar der Landesrechnungshof, der fleißig Erbsen zählt, aber selten den Drachentöter mimit, um den Warnruf der Verfassungswidrigkeit nicht herum.

Gut, dass es noch eine Opposition gibt. SPD und FDP stellen im Landtag gerade einmal ein Fünftel der Abgeordneten, aber den beiden Fraktionschefs Andreas Stoch und Hans-Ulrich Rülke gelingt es doch, einen Gegenpol zu einer Regierung zu bilden, die in ihrem Auftreten immer stärker an den selbstherrlichen Gestus vergangener CDU-Alleinregierungen erinnert. Sozialdemokraten und Liberale sind nicht die besseren Menschen. Aber sie erfüllen ihren Auftrag, den Pluralismus institutionell abzusichern.

Die Grünen wollen das Gute und sind erfüllt vom Guten – so sehr, dass sie gar nicht verstehen können, wenn andere etwas anderes wollen. Das muss dann wohl an einem bösen Willen oder an mangelnder Geisteskraft liegen. Finanzminister Danyal Bayaz hat diese Haltung bei der Einbringung des Haushalts in den Landtag exemplarisch vorgeführt, als er seine Kritiker beschied, sie hätten ein „logisches Problem“. Blöd sind immer die anderen. Aber gut, Bayaz ist jung und neu im Amt. Und die CDU? Die ist glücklich, in der Regierung geblieben zu sein.

Der Postenrausch und die leichte Hand beim Schuldenmachen verdecken, dass die Landesregierung nicht tatenlos in die neue Amtszeit startet. Das Klimaschutzgesetz mit der Solardachpflicht ist auf dem Weg, auch um die Reform des Landtagswahlrechts steht es gut – wenngleich zu befürchten ist, dass die Parteilisten künftig eher dazu herhalten müssen, die (männliche) Parteiprominenz ins Parlament zu bringen als Frauen. Nichts deutet hingegen darauf hin, dass Grün-Schwarz die Wohnungsnot – in der Umfrage als drängendstes Problem identifiziert – lindern kann. Aber vielleicht bietet diese Regierung ja noch positive Überraschungen.

Die Dritte Seite
10 Jahre Attentat in Utøya – der Kampf gegen die Dunkelheit **Seite 3**

Wirtschaft
Die EU will eine Bargeldgrenze – darüber gibt es Streit **Seite 11**

Kultur
Der Büchner-Preis für den Österreicher Clemens J. Setz **Seite 25**

Bundesgerichtshof entlastet Bosch

KARLSRUHE. Anleger, deren Volkswagen-Aktien beim Aufblähen des Dieselskandals an Wert verloren, haben keinen Anspruch auf Schadenersatz vom Zulieferer Bosch. Von einer Beihilfe sei hier nicht auszugehen, urteilte der Bundesgerichtshof in Karlsruhe am Dienstag. Die Entscheidung bezieht sich rein auf Aktionärsklagen gegen Bosch. Der Technologiekonzern hatte die Motorsteuerungssoftware geliefert, die bei der Manipulation der Abgaswerte in Millionen Dieselfahrzeugen zum Einsatz kam. *dpa*
– Bosch haftet nicht **Seite 9**

Die größte Sorge gilt dem Wohnraum

Eine Umfrage im Südwesten zeigt, dass die Pandemie an Dringlichkeit verliert. Die grün-schwarze Koalition findet wenig Rückhalt.

Von Renate Allgöwer

Die Impfkampagne und die weitgehenden Öffnungen in der Coronapandemie heben die Stimmung im Südwesten. Das ergibt sich aus dem aktuellen BaWü-Check, einer gemeinsamen Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen, die das Institut für Demoskopie Allensbach nach den ersten Monaten der neuen Landesregierung im Südwesten durchgeführt hat.

Demnach sehen 45 Prozent der Befragten den kommenden zwölf Monaten hoffnungsvoll entgegen, vor einem halben Jahr waren es noch 40 Prozent. Skeptisch sind 27 Prozent, Befürchtungen hegen gar 15 Prozent. Die Sorgen wegen Corona ebbten leicht ab. Im Februar nannten 67 Prozent der Befragten beim BaWü-Check den Kampf gegen die Ausbreitung des Virus als vorrangige Aufgabe der Landesregierung, jetzt sind es noch 58 Prozent.

Ganz oben auf die To-do-Liste der Regierung setzen die Bürgerinnen und Bürger jetzt das Schaffen von bezahlbarem Wohnraum, 66 Prozent bezeichnen dies als wichtigstes Thema der Regierung. Die Förderung von Umwelt- und Klimaschutz ist 51 Prozent der Befragten sehr wichtig. Damit rangiert das Thema hinter der Digitalisierung von Schulen (53 Prozent) und der Bekämpfung der Kriminalität (52 Prozent) auf dem fünf-

ten Platz der Prioritätenliste. Die Befragung erfolgte jedoch vom 30. Juni bis 7. Juli, also vor den Überschwemmungskatastrophen in Deutschland. 16 Prozent sehen die Unterstützung der Autoindustrie als wichtige Regierungsaufgabe an, aber auch die Förderung von Sport und Vereinen, die unter der Pandemie gelitten haben, ist 21 Prozent ein Anliegen. Für die staatliche Unterstützung kultureller Einrichtungen machten sich nur 18 Prozent stark.

Dass eine Neuaufgabe der grün-schwarzen Koalition in Baden-Württemberg die Aufgaben anpacken wird, finden nur 35 Prozent der Befragten gut, fast jeder Dritte (31 Prozent) hätte lieber eine Ampelkoalition aus Grünen, SPD und FDP gesehen. Nicht einmal die Hälfte der Grünen-Anhänger (47 Prozent) sprachen sich für Grün-Schwarz aus, ganz anders dagegen diejenigen, die sich dem CDU-Lager zurechnen. Sie sind mit 72 Prozent starke Befürworter des Bündnisses. Der Rückhalt für den Regierungschef ist allerdings vergleichsweise hoch. 45 Prozent aller Befragten möchten, dass der jetzt 73-jährige Winfried Kretschmann die volle Amtszeit absolviert. Unter denen, die mit dem kleinen Koalitionspartner CDU sympathisieren, finden sich 64 Prozent, die den grünen Ministerpräsident bis zum Jahr 2026 an der Spitze der Koalition sehen wollen.
– Die Unbeliebten **Seite 5**



Seltene Rohstoffe als Wirtschaftshemmnis

STUTTGART. In der EU wächst die Sorge, dass sich Europa mittelfristig nicht genügend Rohstoffe für die Hightechindustrie sichern kann. 30 Rohstoffe werden derzeit als kritisch erachtet, die Versorgung mit seltenen Erden zur Magnetproduktion hat dabei die höchste Priorität. Sichere sich die EU mittelfristig nicht die entscheidenden Rohstoffe, drohten Produktionsstopps, und Hunderttausende Jobs seien in Gefahr, sagte Carlo Burkhardt von der Hochschule Pforzheim unserer Zeitung: „Die EU hat die Kontrolle über viele Wertschöpfungsketten verloren.“ Burkhardt ist Mitautor eines Aktionsplans der Europäischen Rohstoffallianz. *dag*
– EU befürchtet Produktionsstopps **Seite 9**

Luff



Neukunden?

400 Millionen Euro Soforthilfe für die Flutopfer

Bund und Länder haben erste Vereinbarungen getroffen. Auch die EU soll einen finanziellen Beitrag leisten.

Von Christopher Ziedler und Jan Dörner

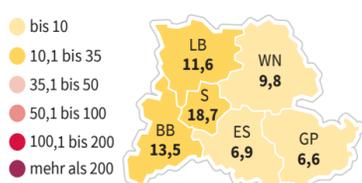
Die Betroffenen der Flutkatastrophe sollen in den nächsten Tagen staatlichen Hilfen ausgezahlt bekommen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) versprach am Dienstag bei einem Besuch in der von dem Hochwasser stark zerstörten Stadt Bad Münsterfeld in Nordrhein-Westfalen: „Wir werden alles daransetzen, dass das wirklich schnell geht.“ Dies solle eine „Sache von Tagen“ sein. Das Bundeskabinett will am Mittwoch einen unserer Zeitung vorliegen-

den Hilfsplan beschließen, der neben der unbürokratischen Soforthilfe einen langfristig angelegten Wiederaufbaufonds und finanzielle Unterstützung der EU vorsieht. Insgesamt werden zur Überbrückung von persönlichen Notlagen sowie der unmittelbaren Beseitigung von Schäden an Gebäuden und der Infrastruktur vor Ort „zunächst“ bis zu 400 Millionen Euro bereitgestellt – über Programme der Länder. Der Bund beteiligt sich über entsprechende Verwaltungsvereinbarungen jeweils zur Hälfte daran, vorerst also mit bis zu 200 Millionen Euro.

Finanzielle Unterstützung soll nach den Plänen der Bundesregierung auch aus Brüssel kommen: „Der Bund wird sich dafür einsetzen, dass zur Bewältigung der Hochwasserschäden auch der EU-Solidaritätsfonds einen möglichen Beitrag leistet, und die hierfür erforderlichen Anträge stellen“, heißt es in der Beschlussvorlage für das Kabinett, die heute behandelt wird. Das ebenfalls von den Überschwemmungen betroffenen Belgien hat bereits die Unterstützung der Gemeinschaft beantragt.
– Merkel sagt rasche Hilfe zu **Seite 4**

VERBREITUNG DER INFEKTION

Neuinfizierte (7 Tage) in der Region je 100 000 Einwohner



Neuinfektionen (mittlerer Tageswert 13.7. – 19.7., verglichen mit der Woche davor)



Verstorbene (mittlerer Tageswert 13.7. – 19.7.)



Grafik: Krause Quelle: RKI, LGA Stuttgart, Stand 20.7., 18 Uhr

Wetter Seite 18



Börse Seiten 13, 14

Dax 15 216,27 Punkte (+ 0,55%)
 Dow Jones 34 512,39 Punkte (+ 1,62%)
 Euro 1,1775 Dollar (Vortag: 1,1766)

Ausführliches Inhaltsverzeichnis Seite 2

